

1.1. Theoretische Einbettung: Anthropologie der Staatlichkeit

Unter der Vielzahl von wissenschaftlichen Publikationen über die staatliche Verfasstheit und Struktur Kolumbiens sind eine Reihe von theoretischen Erklärungs- und Konzeptionierungsansätzen diskutiert und debattiert worden, die ich hier eingangs kurz wiedergeben möchte, bevor ich anschließend den Ansatz dieser Arbeit vorstelle. Diese überwiegend politikwissenschaftlichen Arbeiten neigen in der Regel dazu, den von anhaltenden sozialen und politischen Konflikten geprägten Staat Kolumbien vor dem Hintergrund normativer Staatsmodelle zu konzeptionieren, wie bspw. der „legitimen Herrschaftsordnung“ Webers (2009 [1921/22]) oder, wenn auch weniger explizit, der „Drei-Elemente-Lehre“ (Einheit von Staatsgebiet-Staatsvolk-Staatsgewalt) Jellineks (1959). So überrascht es nicht, dass viele politikwissenschaftliche Ansätze die Diskrepanz zwischen der Verfasstheit staatlicher Strukturen Kolumbiens und den normativen Staatsmodellen westeuropäischer Provenance in den Blick nehmen und in defizitäre Konzeptionierungen des kolumbianischen Staates überführen. Als ein früher Vertreter dieses Ansatzes bezeichnete Oquist (1978) den kolumbianischen Staat als einen „partiell kollabierten Staat“, worunter er die Wirkungslosigkeit seiner Institutionen, seine fehlende Legitimität, seine terroristischen Praktiken, seine Abwesenheit in weiten Teilen des Landes und seine internen Widersprüche während der Zeit des Bürgerkrieges ‚La Violencia‘ (1948–1954) zusammenfasste (Vgl. Oquist 1978, 322–23). Die Vorstellung, bei Kolumbien handle es sich um einen „gescheiterten Staat“ (Vgl. bspw. McLean 2002) bzw. einen „zerfallenen Staat“ (Vgl. bspw. Jäger et al. 2007), begleitet seither die Imagination vorwiegend nicht-kolumbianischer Wissenschaftler_innen vom kolumbianischen Staat. Und obwohl das Konzept des „failed state“ vielfach kritisiert wurde – interessanterweise vor allem für die Indikatoren, die der Messung gescheiterter Staaten zu Grunde liegen (Vgl. bspw. Gutiérrez Sanín 2009; 2011), und eher selten für die Orientierung des Konzepts an normativen Staatsmodellen (Vgl. Jenss 2016; Zelik 2009)⁷ – scheint es auch weiterhin ein Referenzpunkt für die Analyse kolumbianischer Staatlichkeit zu sein (Vgl. bspw. Graaff et al. 2013). In der deutschsprachigen Kolumbien-Forschung gehen die Autor_innen in der Regel nicht so weit, den kolumbianischen Staat als gescheitert zu bezeichnen, sondern verstehen ihn eher als einen „funktional gescheiterten Staat“ (Vgl. Heinz 1997, 138) oder einfach als einen „schwachen Staat“ (Vgl. bspw. Kurtenbach 1991; 2004; Zinecker 2002), wobei dessen Schwäche mit einem langwierigen und unvollendeten Staatsbildungsprozess erklärt wird. Zu diesen, die Schwäche des kolumbianischen Staates betonenden Konzepten, gehört auch der „prekäre Staat“ des französischen Kolumbienexperten Pécaut, der in der generellen Unfähigkeit staatlicher Institutionen, gesellschaftliche Konflikte zu regulieren, ein wesentliches Merkmal der kolumbianischen Staatlichkeit sieht (Pécaut 2001). Der deutsche Lateinamerikaforscher Waldmann zählt Kolumbien zu den Staaten, die ihre eigenen Normen nicht umsetzen würden und deren Institutionen von Willkür und Korruption gezeichnet seien. Die Gesellschaften,

7 Raul Zelik und Alke Jenss, die in ihren Arbeiten für das Verständnis der ‚terroristischen Formen der Inneren Sicherheit‘ (Zelik 2009) und der ‚Grauzonen staatlicher Gewalt‘ (Jenss 2016) in Kolumbien auf das Staatsverständnis Nico Poulantzas zurückgreifen, geben lesenswerte Überblicke zum Stand der Forschung über den kolumbianischen Staat aus politikwissenschaftlicher Perspektive.

dieser von Waldmann als „anomisch“ bezeichneten Staaten, seien in Folge der staatlichen Anomie von einer generellen Verunsicherung und Regelmässigkeit seitens ihrer Bevölkerung geprägt (Waldmann 2002). Indem die hier kurz vorgestellten Konzepte den kolumbianischen Staat mehr oder weniger explizit an normativen Staatsmodellen messen, richten sie ihren Blick in der Regel auf die Differenzen zwischen den Modellen und der Verfasstheit kolumbianischer Staatlichkeit, die als Dysfunktionen und Defizite der weiteren verstanden und erklärt werden. Die Frage, wie und warum sich der kolumbianische Staat auf seine spezifische historische Weise entwickelt hat, die es erlauben würde, die ‚Schwächen‘ und ‚Anomien‘ als funktional und zweckrational zu verstehen, wird in diesen konzeptionellen Ansätzen vernachlässigt (Vgl. auch Zelik 2009, 162–63).

Zu den Ansätzen, die in den vergangenen Jahren auch innerhalb Kolumbiens stärker rezipiert und diskutiert wurden, gehören Konzepte, die den kolumbianischen Staat entweder als „fragmentierten Staat“ (Vgl. Romero Vidal 2003; Safford und Palacios 2001) oder als „kooptierten Staat“ (Vgl. Garay Salamanca 2008; López Hernández 2010) bezeichnen. Laut der ‚Fragmentierungsthese‘ (Siehe hierzu Zelik 2009, 163–69) hätten sich nicht zuletzt auf Grund der geo- und topografischen Besonderheiten Kolumbiens, aber auch auf Grund der Kolonial- und Unabhängigkeitsgeschichte, starke regionale Eliten ausgebildet, die ihre regionale Autonomie gegenüber der Zentralregierung und deren Reformpolitiken erfolgreich zu verteidigten wussten und so ein geteiltes Zugehörigkeitsgefühl zu einer gemeinsamen Nation in der kolumbianischen Gesellschaft verhindert hätten (Vgl. Safford und Palacios 2001). Der Aufbau von Privatarmeen durch Großgrundbesitzer_innen und Drogenhändler_innen habe zu einem Anstieg der privaten Gewalt geführt, der zusammen mit der ausschließlich militärisch verstandenen ‚Aufstandsbekämpfung‘ zu einem fragmentierten Land mit einer tief gespaltenen Gesellschaft geführt habe (Vgl. Romero Vidal 2003; Safford und Palacios 2001). Das Konzept des „kooptierten Staates“ basiert auf der Annahme, dass die mehr oder weniger etablierten staatlichen Institutionen von illegalen bewaffneten Gruppen und der ‚Organisierten Kriminalität‘ unterwandert, kooptiert und nach deren Interessen rekonfiguriert würden (Vgl. Garay Salamanca 2008). Auch wenn kein Zweifel daran bestehen kann, dass zwischen illegalen bewaffneten Gruppen und staatlichen Institutionen enge Verbindungen, Überschneidungen und Verflechtungen existieren, wie die Autor_innen in dem Sammelband von López (2010) am Beispiel der ‚Para-Politik‘ zeigen, geht dieses Konzept implizit davon aus, dass a priori existierende und funktionierende Institutionen von illegalen Akteuren übernommen und instrumentalisiert worden seien und vernachlässigt die Frage, wie diese engen Verbindungen historisch gewachsen sind und damit zu einem Charakteristikum der spezifischen Form kolumbianischer Staatlichkeit wurden (Vgl. López Hernández 2010; siehe auch Jenss 2016, 23–24). In den letzten Jahren sind von einer Gruppe kolumbianischer Forscher_innen um Fernán González und dem Forschungszentrum CINEP eine Reihe von Publikationen erschienen, die der fragmentierten und regional spezifischen Geschichte des kolumbianischen Staates versuchen, Rechnung zu tragen (Vgl. bspw. Aponte G. u. a. 2014; Ocampo 2014; Vásquez, Vargas, und Restrepo 2011). Diese Gruppe hat mit der „differenzierten Präsenz des Staates“ einen Ansatz vorgeschlagen, der den prozesshaften und diversen Charakter staatlicher Formationen in den unterschiedlichen Regionen Kolumbiens in den Blick nimmt, wozu die Perspektiven verschiedener Disziplinen, u. a. – wenn auch sehr dosiert

– anthropologische, eingebunden werden (Vgl. González González 2014, 59–81). Unabhängig davon, ob die Erklärungen der in den letzten Jahren in Kolumbien diskutierten theoretischen Ansätze inhaltlich überzeugen oder nicht, verstehen sie die Verfasstheit kolumbianischer Staatlichkeit nicht als ein Defizit, sondern als das Ergebnis einer historischen und regionalspezifischen staatlichen Entwicklung.

Der Ansatz der vorliegenden Arbeit unterscheidet sich von den hier vorgestellten, überwiegend politikwissenschaftlichen Konzepten insbesondere durch seinen methodologischen Zugang zum Thema ‚Staat und Staatlichkeit‘, der ein explizit anthropologischer ist. Dieser empirisch informierte Zugang schlägt sich in der, innerhalb der Kultur- und Sozialanthropologie relativ unumstrittenen, wenig normativen Auffassung nieder, dass es sich bei Staaten um vielschichtige und translokale Ensembles von Institutionen, Programmen und Personen im globalen Kontext handelt, welche sich durch alltägliche Praktiken, repetitive Routinen und performative Repräsentationen konstituieren (Vgl. Aretxaga 2003, 398; Blom Hansen und Stepputat 2001a, 1–5; Krupa und Nugent 2015a, 1–18; Sharma und Gupta 2006, 5–20; Trouillot 2001, 131–33). Die Kultur- und Sozialanthropologie entdeckte auf Grund ihres fachhistorischen Fokus auf substaatliche Gruppen relativ spät den ‚Staat‘ als empirisches Phänomen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Es war die britische Sozialanthropologie, die – sich in den Dienst der britischen Kolonialisierungsbestrebungen stellend – begann, politische Strukturen aus sozialanthropologischer Perspektive zu untersuchen. Dabei stellte im Jahr 1940 der britische Anthropologe Radcliffe-Brown, ein klassischer Vertreter dieser sich zu jenem Zeitpunkt etablierenden politischen Anthropologie, mit den folgenden, viel zitierten Worten (u.a. von Taussig 1992; Trouillot 2001; Sökefeld 2016) zunächst einmal die objektive Existenz des Staates in Frage:

In writing on political institutions there is a good deal of discussion about the nature and origin of the State, which is usually represented as being an entity over and above the human individuals who make up a society, having as one of its attributes something called “sovereignty,” and sometimes spoken of as having a will (law being defined as the will of the State) or as issuing commands. The State in this sense does not exist in the phenomenal world; it is a fiction of the philosophers. What does exist is an organization, i.e. a collection of individual human beings connected by a complex system of relations. (Radcliffe-Brown 1964 [1940], xxiii)

Diese von Trouillot so treffend als „death by conceptualization“ (2001, 126) bezeichnete Feststellung hielt Anthropolog_innen glücklicherweise nicht davon ab, weiterhin den ‚Staat‘ zu studieren, umriss aber gewissermaßen das methodische und konzeptionelle Grundproblem anthropologischer Staatlichkeitsforschung: Wenn der ‚Staat‘ kein empirisches Objekt ist, wie lässt er sich dann mit einer Wissenschaft methodisch und konzeptionell fassen, die vorgibt empiriegeleitete Theoriebildung zu betreiben?

Der in der Anthropologie der Staatlichkeit viel rezipierte Soziologe Abrams schlug in seinen „Notes on the Difficulty of Studying the State“ (1988) vor, den ‚Staat‘ nicht als eine Entität, einen Agenten oder eine Funktion zu betrachten, sondern in zwei analytische Bereiche aufzuteilen und ihn als „state idea“ – seine ideologische Repräsentation – und als „state system“ – seine institutionelle Struktur und Praxis – zu untersuchen (Vgl. Abrams 1988, 82). Dieser Unterscheidung folgten eine ganze Reihe von Anthropolog_in-

nen mehr oder weniger explizit, auch wenn sie diese unterschiedenen Bereiche anders benannten, wie bspw. als „representations“ und „everyday practices“ (Vgl. Sharma und Gupta 2006, 11, 18) oder als „state affect“ und „state effect“ (Vgl. T. Mitchell 1991, 94; Krupa und Nugent 2015a, 14–15). Diese Unterscheidung strukturierte gewissermaßen die ihr folgenden anthropologischen Forschungen und Veröffentlichungen über ‚Staat und Staatlichkeit‘. So sind einerseits eine Reihe von Anthologien und Monographien veröffentlicht worden, in denen bspw. die sprachliche, mediale, imaginative oder magische Produktion von Staaten beschrieben wurden (Vgl. Blom Hansen und Stepputat 2001b; Coronil 1997; Gupta 1995; Navaro-Yashin 2002; Taussig 1997). Andererseits lassen sich verschiedene Einführungs- und Überblickstexte finden, die die Kontexte und Räume zu identifizieren versuchen, in denen die Effekte staatlicher Praktiken offensichtlich werden, wie bspw. während „states of exceptions“, in „state margins“, in „off-centered states“, in „state bureaucracies“ oder „developmentalist states“ (Vgl. Aretxaga 2003, 404–7; Das und Poole 2004b; Krupa und Nugent 2015a; Sharma und Gupta 2006, 11–18, 20–27). Wieder andere Autor_innen nahmen so etwas wie eine Typologisierung der „state effects“ vor, die sie bspw. in Effekte der Isolierung, der Identifizierung, der Lesbarkeit und der Verräumlichung ausdifferenzierten (Vgl. Trouillot 2001; Ferguson und Gupta 2002; Scott 1999).

So überrascht es nicht, dass die in dem Feld der ‚Anthropologie der Staatlichkeit‘ entwickelten theoretischen Erklärungs- und Konzeptionierungsansätze von ‚Staat und Staatlichkeit‘ mit dieser Unterscheidung von staatlichen Repräsentationen und staatlichen Praktiken weitestgehend korrespondieren, was sich auch in anthropologischen Arbeiten über Kolumbien beobachten lässt. Es existieren einerseits theoretische Konzepte, die die staatliche Repräsentation aus der Perspektive einzelner Gruppen, Gemeinden oder Personen, also aus deren Wahrnehmung, zu erklären versuchen. Hierzu zählt im Zusammenhang mit Kolumbien bspw. der „paradoxe Staat“ von Ramírez, der seinen Bewohner_innen bedrohlich erscheint und sich nicht um sie sorgt, und der deshalb von den Bewohner_innen gefürchtet ist, obwohl seine Fürsorge gleichzeitig gewünscht wird (Vgl. Ramírez 2017a, 546). Die Tatsache, dass sich die Bewohner_innen unterschiedlicher kolumbianischer Regionen konkrete Vorstellungen vom ‚Staat‘ machen und diesen Vorstellungen entsprechend mit spezifischen Forderungen an regionale staatliche Institutionen herantreten, was das Agieren dieser beeinflusst, hat Tate wiederum mit dem Begriff des „aspirational state“ zu beschreiben versucht (Tate 2015b, 236). Taussig hingegen argumentiert, dass sich die Imagination des Staates nicht allein auf seine Bewohner_innen beschränke, sondern dass auch die Wahrnehmung staatlichen Agierens von Seiten (inter-)nationaler und akademischer Beobachter_innen häufig auf dominanten Vorstellungen basiere, die deren Analysen prädisponieren. Er bezeichnet bspw. den Glauben an die legitime Gewaltanwendung staatlicher Institutionen und den Glauben an die grundsätzliche Vernünftigkeit bürokratischer Prozesse, welche den meisten politischen Praktiken, Programmen sowie Forschungen zu Grunde lägen, als „Staatsfetischismus“ (Taussig 1992), welcher den kritischen Blick auf die staatliche Verfasstheit eher versperre als eröffne. Andererseits sind einige theoretische Ansätze zu finden, die versuchen, den häufig widersprüchlichen und ambivalenten staatlichen Praktiken in Kolumbien – insbesondere der staatlichen Gewalt – einen Sinn zu geben. Hierzu zählen bspw. die Arbeiten von Civico und Gill, die mit dem Begriff „Para-State“

(Civico 2016; Gill 2009) die engen Verflechtungen zwischen Politiker_innen und paramilitärischen Gruppen auf regionaler Ebene beschreiben, und ebenfalls Tate, die mit der Bezeichnung „state proxies“ (Tate 2015a; oder auch Krupa 2010) die stellvertretende Fortführung staatlicher Gewalt durch paramilitärische Gruppen fasst. Ich werde diese und ähnliche Ansätze in der vorliegenden Arbeit selektiv einbinden, und zwar an Stellen, wo sie m.E. einzelne Aspekte und Ausschnitte der Begegnungen zwischen den staatlichen Institutionen und der Friedensgemeinde erklären. Ich werde aber weder eines dieser Konzepte herausnehmen, als Linse verwenden und damit den Blick auf das breite empirische Phänomen ‚Staat-Gemeinde-Begegnungen‘ verengen. Noch werde ich der Unterscheidung zwischen staatlicher Repräsentation und staatlicher Praxis so strikt folgen – und zwar aus Gründen, die ich im Folgenden erläutern werde. Für mein Anliegen, diese ‚Staat-Gemeinde-Begegnungen‘ in ihrer komplexen Gesamtheit zu analysieren und zu verstehen, werde ich vielmehr sowohl die unterschiedlichen Konzepte als auch die beiden Aspekte (Repräsentation und Praxis) unter einer ‚Perspektive auf die Begegnungen‘ integrieren.

Selbstverständlich handelt es sich bei der Unterscheidung von staatlichen Repräsentationen und staatlichen Praktiken um eine analytische und nicht um zwei empirisch getrennte und völlig voneinander abgeschlossene Dimensionen von ‚Staaten‘. Staatliche Repräsentationen und Praktiken finden häufig nicht nur in dem selben zeitlichen und räumlichen Kontext statt und beeinflussen sich, sie sind auch eng miteinander verbunden und gegenseitig konstitutiv (Vgl. Sharma und Gupta 2006, 19). Das zeigen bspw. Krupa und Nugent, die mit der „Aggregation“, also der Verbindung unabhängiger Begegnungen zu einer vereinheitlichten Erfahrung, und der „Projektion“, also dem Rückschluss von einer individuellen Erfahrung mit staatlichen Institutionen auf ein generelles Merkmal des ‚Staates‘, zwei zentrale Mechanismen der Imagination des ‚Staates‘ identifizieren, die auf Begegnungen mit staatlichen Institutionen basieren und durch die er kulturell produziert wird (2015a, 16–18). Trotzdem hatte die Unterteilung Abrams zur Folge, dass anthropologische Forschungen über den ‚Staat‘ die symbolische, diskursive und imaginative Produktion des staatlichen Ideals und die performativen, erfahrbaren und konkreten Praktiken staatlicher Institutionen zu strikt voneinander trennten, was in einem jüngeren Beitrag von den Anthropologinnen Thelen, Vettters und Benda-Beckmann auch stark kritisiert wurde (Vgl. 2014). Die Anthropologen Krupa und Nugent hielten sich nicht lange mit der Kritik an dieser Unterscheidung auf, sondern gingen gewissermaßen über sie hinaus bzw. differenzierten sie aus, indem sie vorschlugen, die phänomenologischen und morphologischen Erscheinungen, die Illusionen, Imaginationen und Täuschungen, sowie die Grenz-Prozesse des ‚Staates‘ zu untersuchen (Vgl. 2015a). Worin sich allerdings alle Autor_innen einig zu sein scheinen, ist der forschungspraktische Ansatz einer ‚Anthropologie der Staatlichkeit‘: Demnach werden sowohl die staatlichen Repräsentationen als auch seine Praktiken dort empirisch fassbar und beobachtbar, wo Menschen den alltäglichen, mondänen und wiederholenden Inszenierungen, Routinen und Prozessen staatlicher Institutionen begegnen (Vgl. bspw. Aretxaga 2003, 398; Blom Hansen und Stepputat 2001a, 14, 22; Das und Poole 2004b, 4; Krohn-Hansen und Nustad 2005a, 12; Krupa und Nugent 2015a, 9–14; Sharma und Gupta 2006, 11–18).

Nach diesem Ansatz findet die kulturelle Produktion des ‚Staates‘ als phänomenologische Realität insbesondere, wenn auch nicht ausschließlich, in den, wie es Aretxaga formulierte, „local encounters at the everyday level“ (2003, 398) oder, wie es Krohn-Hansen und Nustad fassten, in den „everyday encounters at the local level“ statt (2005a, 12). Diese ‚local‘, ‚everyday‘ oder auch „close encounters“ (Trouillot 2001) mit staatlichen Institutionen wurden im Rahmen anthropologischer Forschungen in den unterschiedlichsten Kontexten untersucht: angefangen von Begegnungen im Zentrum staatlicher Bürokratie, wie bspw. in Behörden (Vgl. Herzfeld 1993; Shore, Wright, und Però 2011; Bierschenk und Sardan 2014) oder in Gefängnissen (Vgl. Wacquant 2002; Rhodes 2004; Cunha 2014), über Begegnungen an staatlichen Rändern, wie bspw. an Militärcheckpoints und Grenzen (Vgl. Alvarez 1995; Grassiani 2015; Jeganathan 2004; Maguire 2014) oder in Slums (Vgl. Scheper-Hughes 1993; Bourgois 2003; Auyero, Bourgois, und Scheper-Hughes 2015; Zeiderman 2016) bis hin zu Begegnungen im Rahmen internationaler, staatlicher Programme, wie bspw. in der Entwicklungszusammenarbeit (Vgl. Bornstein 2005; Ferguson 1994; Escobar 1995) oder in der humanitären Hilfe (Vgl. Bornstein und Redfield 2011; de Waal 1999; Ticktin 2014). Bemerkenswert ist, dass in der anthropologischen Staatlichkeitsforschung – aber auch darüber hinaus – die alltäglichen und lokalen Begegnungen zwischen staatlichen Institutionen und marginalisierten Bewohner_innen in Regionen mit bewaffneten Konflikten hier ganz offensichtlich eine Leerstelle darstellen. Diese Leerstelle erklärt sich m.E. ein Stück weit aus dem dominanten politischen und politikwissenschaftlichen Reflex, die Gewalt in diesen Regionen mit der ‚begrenzten Staatlichkeit in diesen Räumen‘ zu begründen, also genau mit der Abwesenheit von staatlichen Institutionen und Funktionen (Vgl. generell bspw. Risse und Lehmkuhl 2007; Schneckener 2006; für Kolumbien insbes. Jäger et al. 2007; für die Region Urabá bspw. Botero Herrera 1990; Parsons 1996). Interessanterweise existieren mit den ‚civil war studies‘ ein politikwissenschaftliches Forschungsfeld, in dem die Beziehung von illegalen bewaffneten Gruppen und der Zivilbevölkerung in Konfliktregionen im Zentrum der Aufmerksamkeit steht (Vgl. bspw. Arjona, Kasfir, und Mampilly 2015; Kalyvas 2006; Mampilly 2011; Weinstein 2007), und mit den ‚warscape studies‘ ein anthropologisches Feld, in dem die sozialen Lebensbedingungen in Kriegszeiten untersucht werden (Vgl. bspw. Feldman 1991; Lubkemann 2008; Nordstrom 1997; Maček 2009; Robben 2010; Vigh 2007), aber gleichzeitig sind keine Arbeiten zu finden, die die Begegnungen zwischen der Bevölkerung und den staatlichen Institutionen in solchen Konfliktregionen explizit thematisieren (Siehe hierzu auch das Kapitel 1.3 Forschungsstand).

Die staatsanthropologische Perspektive auf die alltäglichen, lokalen Begegnungen eröffnet die Möglichkeit, die zuvor benannte Dissonanz zwischen ‚Staats-Idee‘ und ‚Staat-Praxis‘ zu erkennen, die aus den wahrgenommen Unterschieden der Repräsentation staatlicher Institutionen und ihrem Agieren in den Begegnungen resultiert (Vgl. Sharma und Gupta 2006, 19). Interessanterweise sind aber in der anthropologischen Staatlichkeitsforschung gerade von den Autor_innen, die die Untersuchung des ‚Staates‘ anhand seines mondänen Wirkens auf das alltägliche Leben seiner Bewohner_innen propagieren und dazu einladen, die Begegnungen zwischen staatlichen Repräsentanten und Bevölkerung auf lokaler Ebene im Detail zu studieren (Vgl. Das und Poole 2004b; Krohn-Hansen und Nustad 2005a; Krupa und Nugent 2015b; Sharma und Gupta 2006;

Trouillot 2001), kaum konzeptionelle Ideen entwickelt worden, um diese Begegnungen selbst analytisch zu erfassen. Vereinzelte Arbeiten beschreiben zwar die Effekte und Konsequenzen der Begegnung, bspw. wie sich staatliche Institutionen durch diese routinisierten Prozesse konstituieren (Vgl. Bierschenk und Sardan 2014) und wie Menschen sich durch vereinzelte Begegnungen mit staatlichen Institutionen ein Gesamtbild vom ‚Staat‘ machen (Vgl. Krupa und Nugent 2015a, 16–18). Allerdings sind die Begegnungen an sich, also die Momente des Kontaktes, die diversen Dynamiken und vielfältigen Prozesse des Aufeinandertreffens und die sowohl intimen und körperlichen als auch distanzierten und indirekten Erfahrungen der an der Begegnung Beteiligten kaum zum Gegenstand theoretischer Überlegungen geworden.

Nun sind Kontakt und Begegnung in der Kultur- und Sozialanthropologie ein immer wiederkehrendes Thema, wenn auch nicht im Sinne eines abgegrenzten thematischen Feldes, Ansatzes oder Paradigmas (Vgl. Faier und Rofel 2014, 364–65). Die anthropologische Forschung selbst ist eine fortwährende Begegnung zwischen Anthropolog_innen und den Menschen, mit denen sie arbeiten. Insbesondere die anthropologische Begegnung hat, auf Grund ihres kolonialen Erbes und zweifelhafter Forschungs- und Darstellungspraktiken in der Vergangenheit, in unterschiedlichen Debatten innerhalb der Disziplin kritische Aufmerksamkeit erfahren (Vgl. bspw. Abu-Lughod 1991; Asad 1995; Berger 1993; Clifford 1983; Clifford und Marcus 2010; Fabian 1983; Geertz 1988; Rosaldo 1993; Spivak 1988). Diese trugen zu anhaltenden Reflexionen und Entwicklungen der Forschungs- und Darstellungsweisen in der Kultur- und Sozialanthropologie bei. Ausgehend von dieser Kritik des anthropologischen Erkenntnisprozesses, was sowohl das Forschen als auch Schreiben mit und über andere Menschen beinhaltet, wurden diese ‚anthropological encounters‘ als ‚engagements across difference‘ beschrieben (Vgl. Faier und Rofel 2014). Kulturelle Bedeutungen, Identitäten, Wahrnehmungen, Objektivität und Subjektivität entstünden demnach erst in den ungleichen und asymmetrischen Beziehungen der an der Begegnung beteiligten Personen – in diesem ‚anthropological encounter‘ werde Kultur überhaupt erst produziert. Abgesehen davon, dass diese Reflexion zu anhaltenden Versuchen geführt hat, den anthropologischen Erkenntnisprozess partizipativer, kollaborativer und reziproker zu gestalten (Vgl. bspw. Amborn 1993; Habermayer 2006; Hornbacher 2006; Sluka und Robben 2007) – ein Anspruch, der auch dem Forschungs- und Schreibprozess der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegt –, wurden diese aus der Selbstkritik des Faches resultierenden Einsichten über ‚encounters‘ auf thematische und inhaltliche Felder übertragen, in denen ebenfalls interaktive und ungleiche Machtbeziehungen die sozio-kulturelle Produktion der Lebenswelt formen. Hierzu zählen Faier und Rofel in ihrem Überblick (2014) z.B. Begegnungen im transnationalen Kapitalismus (Vgl. bspw. Tsing 2005), Begegnungen in der Produktion von Räumen und Orten (Vgl. bspw. Gupta und Ferguson 2001) sowie Begegnungen zwischen Menschen und Nicht-Menschen (Vgl. bspw. Haraway 1990). Um die Orte und Räume zu beschreiben, in denen solche ‚encounters across differences‘ stattfinden oder die durch diese entstanden sind, wurden verschiedene Konzepte bemüht, wie bspw. „borderlands“ (Vgl. Anzaldúa 1987), „spaces of death“ (Vgl. Taussig 1984), „grey zones“ (Vgl. Levi 2015), „middle grounds“ (Vgl. White 2011) oder „Contact Zones“ (Vgl. Pratt 1991), wobei insbesondere letzteres Konzept für das Verständnis der in dieser Arbeit

beschriebenen Begegnungen hilfreich erscheint, wie ich im Kapitel 1.2 zum Erkenntnisinteresse ausführen werde.

Für die vorliegende Arbeit integriere ich konzeptionelle Ideen der ‚anthropological encounters‘ und theoretische Ansätze der anthropologischen Staatlichkeitsforschung in eine Perspektive auf die Begegnungen zwischen den Bewohner_innen der Friedensgemeinde und den staatlichen Institutionen. Ich verstehe diese Begegnungen in der kolumbianischen Konfliktregion Urabá als genau solche ‚engagements across differences‘, wobei insbesondere drei Aspekte oder Charakteristika dieser Begegnungen meine Aufmerksamkeit wecken. Erstens finden diese Begegnungen zwar zwischen unterschiedlichen, aber nicht völlig getrennten Akteuren innerhalb ungleicher und asymmetrischer Beziehungen statt. Die staatlichen Institutionen stehen nicht klar abgegrenzt über oder neben der Gesellschaft, wie Mitchell es formulierte (Vgl. T. Mitchell 1991, 90), sie sind Teil eines komplexen Beziehungssystems (Vgl. Radcliffe-Brown 1964, xxiii), eingebettet in die vielfältigen gesellschaftlichen Institutionen, durch die soziale Beziehungen an einem konkreten Ort bzw. in einer konkreten Region gelebt werden (Vgl. Sharma und Gupta 2006, 9). Deswegen sind diese Begegnungen zweitens auch nicht einseitig in dem Sinne, dass sich in ihnen lediglich die staatlichen Institutionen im Leben von Bewohner_innen des konkreten Staates manifestieren, diese in der Begegnung den ‚Staat‘ wahrnehmen und ihr Verständnis vom ‚Staat‘ formen. In diesen Begegnungen wirken die Bewohner_innen auf die staatlichen Institutionen auf vielfältige Weise zurück und auf diese ein. Sie beeinflussen, widerstehen, kooptieren oder unterlaufen die Praktiken, Prozesse und Strukturen staatlicher Institutionen (Vgl. Sharma und Gupta 2006, 17). Aus diesem Grund ist drittens der Ausgang dieser Begegnungen offen und reproduziert nicht einfach nur die bestehende asymmetrische Beziehung. Die Begegnungen beinhalten unvorhersehbare Aktionen und improvisierte Reaktionen, verfolgen aber auch langfristige Strategien und stellen so eine anhaltende Aushandlung dar (Vgl. Faier und Rofel 2014, 364). Während dieser Aushandlungen werden von allen Beteiligten permanent Bedeutungen, Fremd- und Selbstzuschreibungen, symbolische Ordnungen, Repräsentationen und Imaginationen, kurz sozio-kulturelle Lebenswelten produziert. Das Thema der vorliegenden Arbeit ist in diesem hier bündig umrissenen theoretischen Feld der anthropologischen Staatlichkeitsforschung verortet, wobei sich ihr Erkenntnisinteresse und ihre Analyse, wie ich im folgenden Abschnitt ausführen werde, an die drei gerade beschriebenen Aspekte anschließt.

1.2. Erkenntnisinteresse: Ziele und Fragen

So wie der Abschluss eines Friedensabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC allein noch keinen Frieden schafft, war auch nicht die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien der Beginn einer friedlichen Transformation der kolumbianischen Gesellschaft. Außerhalb des Aufmerksamkeitsfokus der internationalen Staatengemeinschaft und Medien zeigt eine Vielzahl von Fällen, wie lokale Gemeinden und Organisationen von bspw. Bäuer_innen, indigenen und afrokolumbianischen Gruppen, Frauen- und Opfervereinigungen, sich seit Jahrzehnten für ein friedlicheres Zusammenleben in den kolumbianischen Konfliktregionen einsetzen